

Klaus Brandner

- (A) Die Reform wird die finanziellen Belastungen durch Arbeitslosigkeit bei den Menschen, bei den Unternehmen und auch bei Bund und Ländern deutlich verringern. Ich bitte Sie dazu um Ihre Mitarbeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat die fraktionslose Abgeordnete Petra Pau das Wort.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Arbeitsmarktpolitik reden, dann reden wir über vier Millionen Arbeitslose und noch viel mehr **betroffene Menschen**. Ich sage das den Statistikern. Ich wiederhole: Es geht in dieser Debatte um Menschen und Menschenrechte.

Wenn Minister Clement meint, wir hätten keinen Grund zur Schwarzmalerei, dann halte ich dagegen: Wir haben keinen Grund zur Hartz-Prahlerlei, wie wir sie seit gestern früh pausenlos hören.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Nun habe ich wohl vernommen, was gestern in der Regierungserklärung dazu gesagt wurde:

- (B) Mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission ist es gelungen, ... ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen. Diese Vorschläge, die wir ohne Abstriche umsetzen, werden die größte Arbeitsmarktreform seit Bestehen der Bundesrepublik bewirken.

Wahrlich große Worte. Aber reden wir konkret über die Hartz-Vorschläge. Im September waren 290 000 Berlinerrinnen und Berliner ohne Arbeit. Dem standen in der Hauptstadt 9 000 offene Stellen gegenüber. Bislang konnte mir niemand schlüssig erklären, wie 290 000 Arbeitslose effektiver in 9 000 offene Stellen zu vermitteln sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war im Französischen Dom dabei, als die Hartz-Vorschläge als das Non-plus-ultra feilgeboten wurden. Nur einer fiel damals aus dem feierlichen Rahmen: der Arbeitsminister von Mecklenburg-Vorpommern. Er stellte eine ganz simple Frage, nämlich was das viel gelobte Konzept im **Osten** bewirken solle oder könne. Die Antwort: Wir sind im Jahr zwölf der Vereinigung. Er, Holter, möge endlich sein Ostdenken ablegen. Ich kommentiere das jetzt nicht. Aber ich empfehle Ihnen, Herr Bundesminister Clement, und auch Ihnen, Herr Ostminister Stolpe: Konsultieren Sie die PDS-Arbeitsminister in Berlin und Schwerin. Herr Wolf und Herr Holter arbeiten intensiv daran, Ansätze aus dem Hartz-Konzept auch im Osten lebensfähig zu machen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Das eigentlich Neue am so genannten Arbeitsmarkt besteht darin, dass es Vollbeschäftigung im herkömmlichen

Sinne nie mehr geben wird. Ergo brauchen wir neue Antworten. Rot-Grün gibt diese Antworten leider nicht. Dabei gibt es durchaus bereits diskutierte und anerkannte **neue Ansätze**. Ich kann an dieser Stelle nur einige Stichworte nennen: öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, existenzsichernde Grundsicherung, drastische Arbeitszeitverkürzung sowie eine wirkliche Steuer- und Sozialreform.

Ein derart neues Denken vermisste ich bei Rot-Grün. Von Schwarz-Gelb habe ich es im Übrigen gar nicht erst erwartet.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Deshalb fragen Sie bitte nicht, Herr Bundeskanzler, was ich für den Staat tun kann. Fragen Sie mich besser, was Sie für die Gesellschaft tun können! Ich sage es Ihnen gerne.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
fraktionslos)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Die nächste Runde der Aussprache über die Regierungserklärung wird vom Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, eröffnet.

Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Während des Wahlkampfes und nach dem Wahlkampf haben Sie versucht, insbesondere die Finanz- und Steuerpolitik der vergangenen vier Jahre abzuqualifizieren, und gehofft, damit in politischer Hinsicht Land gewinnen zu können.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie haben nicht die Wahrheit gesagt!)

Meine Damen und Herren, heute ist der Zeitpunkt, über diese Frage zu reden. Ich werde Ihnen die Widersprüchlichkeit und die völlig falschen Behauptungen

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Ihres Konzepts!)

Ihrer Thesen vorhalten.

Erstens. Lassen Sie uns vergleichen, was Sie in den letzten vier Jahren Ihrer Regierungszeit und was wir in den ersten vier Jahren der Regierung Schröder finanzpolitisch zuwege gebracht haben. Ich halte fest, dass Sie damals in vier Jahren 230 Milliarden Euro neue **Schulden** gemacht haben. Wir haben in derselben Zeitspanne – dabei habe ich die UMTS-Lizenzen schon herausgerechnet und einen Zuschlag für dieses Jahr, dessen Höhe mir noch nicht genau bekannt ist, einbezogen – die Neuverschuldung um weit mehr als 50 Prozent unter den Betrag gedrückt, den Sie in den vier Jahren davor erreicht hatten. Das ist die finanzpolitische Bilanz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben das trotz der hohen Zinsbelastung, die wir nach Ihren Regierungsjahren vorgefunden haben, erreicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wieder-
vereinigung!)